

**Pressemitteilung
des BUND Naturschutz Schweinfurt**

zum Artikel „Die Deutschen sind gespalten: Was bringt ein Tempolimit?“ im Schweinfurter Tagblatt vom 23.12.2019

Als erstes wird festgestellt, dass eine Mehrheit der Bundesbürger für ein Tempolimit auf Autobahnen ist. Demnach sind 53 Prozent der Bundesbürger für und 45 Prozent gegen ein Tempolimit. Ob diese Zahlen repräsentativ sind ist unklar, ebenso wie die Fragestellung lautete. Das Schweinfurter Tagblatt berichtete am 18.10.2019, dass 56,5 Prozent für und 16,8 Prozent gegen ein Tempolimit 130 km/h auf Autobahnen sind.

Das Fazit aus dem Artikel ist, dass je schneller ein Auto fährt, umso höher ist

- der Luftwiderstand
- die Reibung auf der Straße
- der Treibstoffverbrauch
- der CO₂-Ausstoß
- der Stickoxid-Ausstoß
- die Feinstaub-Freisetzung
- der Reifenverschleiß
- der Bremsenabrieb
- die Zahl der Unfälle
- die Zahl der Verkehrstoten
- die Zahl der Schwerverletzten
- die Zahl der Verletzten
- die Zahl der Blechschäden bis hin zum Totalverlust

Wollen wir das? Müssen wir das als Gesellschaft akzeptieren oder machen wir uns schuldig?

Die Bundesregierung weigerte sich ein Tempolimit auf Autoahnen einzuführen. Verstößt sie also gegen Artikel 2 des Grundgesetzes und gegen §1 der Straßenverkehrsordnung (StVO)? Dort heißt es zusammengefasst, dass jeder das Recht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt (z.B. das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit)! Die StVO verlangt, dass jeder, der am Verkehr teilnimmt, sich so verhält, dass kein anderer geschädigt, gefährdet, behindert oder belästigt wird!

Die CDU/CSU/SPD-Bundesregierung war unfähig ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen zu beschließen! Das ungeachtet der völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen von COP21 (Paris) zur CO₂-Vermeidung! Zum Klimaschutz trägt der Verkehrssektor nämlich bisher nichts bei. Laut Öko-Institut ist der CO₂-Ausstoß des Verkehrs seit 1990 praktisch gleich geblieben und betrug 2018 163 Millionen Tonnen, das sind 19 Prozent des aktuellen bundesweiten CO₂-Ausstoßes.

Auf deutschen Straßen werden jährlich im Durchschnitt der letzten zehn Jahre ca. 3.200 Menschen getötet! (2018 waren es mehr)

- Auf Autobahnen: ca. 400
- Auf anderen Straßen: ca. 1.900
- Innerorts: ca. 900

Die Zahl der Schwerverletzten liegt mehr als zehnmal höher! Dies bedeutet größeres persönliches Leid.

Es ist unverstündlich und unverantwortlich, dass die Politik ein Geschwindigkeitslimit nur auf Autobahnen diskutiert! Alle rationalen Argumente sprechen für Tempolimits auf allen Straßen!

Der BUND Naturschutz fordert Tempolimits auf

- Autobahnen (und autobahnähnlichen Verkehrswegen) von 120 km/h
- Land- und Bundesstraßen von 80 km/h

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in Ortschaften, weil „viele innerörtliche Straßen für Tempo 50 objektiv ungeeignet“ seien. Der Allgemeine Deutsche

Fahrrad-Club (ADFC) unterstützt den Vorschlag. Laut Schweinfurter Tagblatt vom 28.09.2019:
„Werneck wird Tempo-30-Zone“.

Michael Mertens, der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, berichtet von einem Rückgang von über 55 Prozent der Verunglückten in Brandenburg durch ein Tempolimit auf Autobahnen von 130 km/h. Im Schweinfurter Tagblatt vom 12.04.2019 wird er zitiert, dass von rund 400 Verkehrstoten auf Autobahnen 300 auf Abschnitten ohne Geschwindigkeitsbegrenzung sterben.

Durch Tempolimit von 120 km/h (oder gar 100 km/h, wie in den Niederlanden und Norwegen) auf Autobahnen und Tempo 80 km/h auf Land- und Bundesstraßen, würde wesentlich weniger CO₂ ausgestoßen und es gäbe weniger Unfälle, Tote und Schwerverletzte.

Wie viele Tote und Verletzte will die Politik noch verantworten?

Die deutschen Ingenieure würden dann, bei gleichen Sicherheitsstandards, leichtere und sparsamere Fahrzeuge entwickeln dürfen, statt dem PS- und Geschwindigkeitswahn zu frönen. Wenn das nicht geschieht und der SUV-Wahnsinn weitergeht, gibt es für die deutschen Autokonzerne keine Zukunft!

Mit freundlichen Grüßen

Edo Günther
(1. Vorsitzender)

Erich Waldherr
(Referent für Energiefragen)